

Oliver Rathkolb

Demokratiehistorische Anmerkungen zum geteilten Erinnerungsort „4. März 1933“: Beginn der Ausschaltung des demokratischen Parlamentarismus durch Engelbert Dollfuß

Vortrag bei der Gedenkveranstaltung „4. März 1933“ im Reichsratssitzungssaal, Parlament, am 4. März 2008

Nur wenige Experten und Expertinnen haben die Jahrestagsserie 2008 zum Anlass genommen, um sich mit einem der zentralen Schlüsseljahre der Ersten Republik, das auch die politischen Eliten der Zweiten Republik noch beschäftigt hat, auseinanderzusetzen. Selbst 2003 – anlässlich eines runden Jahrestages – blieb die sonst so mediengewaltige historische Jubiläumspublizistik fast stumm. 1933 scheint ein ungeliebter Erinnerungsort in unserem Geschichtskanon zu sein, den man lieber nicht intensiv öffentlich thematisiert.

Am 4. März 1933 ging der Nationalrat als Folge einer Geschäftsordnungskrise – die drei Präsidenten des Nationalrates waren, um bei einer umstrittenen Abstimmung über einen Eisenbahnerstreik ihre Stimme abgeben zu können, zurückgetreten – verhandlungsunfähig auseinander. Der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der seit 1932 nur mit einer Stimme Mehrheit regierte, missbrauchte diese Situation, um unter Verfassungsbruch und mit Polizeigewalt eine Wiedereinberufung des Nationalrates zu verhindern. Die entsprechende Bildikone – Polizei vor dem mit Stacheldraht abgesperrten Parlament – ist zwar Bestandteil der Schulbücher geworden, hat aber bis heute keinen Eingang in das Bildgedächtnis der Österreicher und Österreicherinnen gefunden.

Der daraufhin bewusst implantierte Mythos über die „Selbstausschaltung des Parlaments“ geisterte noch in den 1970er und 1980er Jahren in den Köpfen der Menschen herum und fand sich auch in den Schulbüchern wieder. Heute gibt es sowohl in der historischen und politikwissenschaftlichen Wissenschaft, als auch unter den Schulbuchautorinnen und -autoren der wichtigsten Mittelschullehrbücher keine Auffassungsunterschiede mehr: Dollfuß, große Teile der christlichsozialen Spitzenfunktionäre und diverse Kanzler-Berater haben bewusst das noch immer für Notsituationen in Kraft befindliche Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz vom 24. Juni 1917 wieder herausgeholt, um scheinbar verfassungskonform weiterzuregieren. Zwar hatte bereits 1918 ein ehemals christlichsozialer, nunmehr fraktionsloser Abgeordneter – wie Jacques Hannak in seiner Renner-Biographie schreibt – die Aufhebung des Notverordnungsrechtes des Kaisers gefordert, war aber gescheitert, da sich damals niemand – auch Karl Renner nicht – eine derart absurde Analogie vorstellen konnte. 1919 setzte ein Südtiroler großdeutscher Abgeordneter nach, dessen Antrag aber im Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten liegen blieb. Später haben sozialdemokratische Abgeordnete, als die politische Konfrontation immer härter wurde, wie beispielsweise 1928 Albert Sever hier in diesem Hause, vergeblich für die formelle Aufhebung dieses autoritären Rests der Monarchie plädiert. Ein zweiter Antrag des Wiener Abgeordneten Anton Hölzl aus dem Jahr 1930 versandete im Verfassungsausschuss. Erst am 25. Juli 1946

wurde formell das KWEG durch ein Verfassungsgesetz aufgehoben, nachdem es noch durch das Verfassungsübergangsgesetz 1945 übernommen worden war.

Peter Huemer hat in seiner Pionierstudie über Sektionschef Robert Hecht, das Mastermind hinter der exzessiven Anwendung des KWEG, festgehalten: Unverkennbar verband sich ein gewisses Missbehagen der Sozialdemokraten mit diesem Gesetz und ebenso unverkennbar ein gewisses bürgerliches Behagen ... Aber sicherlich glaubten weder Christlichsoziale noch Sozialdemokraten daran, dass diesem Gesetz im Leben der Republik noch größere Bedeutung werde zukommen“. Hecht sollte sich, von SS-Schergen gepeinigt, am 30. Mai 1938 im KZ Dachau das Leben nehmen.

In weiterer Folge nützte auch der damalige Bundespräsident Wilhelm Miklas, ein Christlichsozialer, trotz Bedenken gegen diesen kalten Staatsstreich seine legitimen Rechte nicht aus (er hätte Dollfuß entlassen können). Der Versuch einer Wiedereinberufung des Nationalrates am 15. März 1933 durch sozialdemokratische und großdeutsche Abgeordnete wurde – wie erwähnt – mit Polizeigewalt verhindert. In weiterer Folge legte das nunmehrige Dollfuß-Regime gleich auch durch Abberufung der christlichsozialen Mitglieder den Verfassungsgerichtshof lahm, um einer Verfassungsgerichtshofbeschwerde der Abgeordneten zu entgehen.

2003 hat der damalige ÖVP-Parlamentspräsident Andreas Khol als Jurist und Spitzenpolitiker in einem Interview mit Dieter Kindermann in der Kronen-Zeitung ohne Wenn und Aber zu den Vorgängen 1933 gemeint: „Ein Staatsstreich, ein autoritäres Regime, das sich auf eine juristische Notlüge gestützt hat“.

Rückblickend betrachtet ist klar, dass mit der Zerschlagung der Demokratie und der Etablierung einer „Regierungsdiktatur“ (so die Begriffsdefinition durch den Historiker Helmut Wohnout 1993) weder die innenpolitische Gewaltspirale, die im Bürgerkrieg vom Februar 1934, im gescheiterten Nazi-Putsch und der Ermordung von Dollfuß im Juli 1934 ihre tragischen Höhepunkte fand, unterbunden wurde, noch der „Anschluss“ an Hitler-Deutschland 1938 verhindert werden konnte. Der Wiener Ordinarius am Institut für Zeitgeschichte, Gerhard Botz, hat jüngst festgestellt: „Das autoritäre, stark obrigkeitstaatlich geprägte Regime Dollfuß' und Schuschnigg, zunächst stark antinazistisch vorgehend, verlor nach der Niederwerfung der Sozialdemokratie und dem beginnenden Rückzug der protegierenden Hand Mussolinis rasch seine Widerstandskraft gegen den stärker werdenden Nationalsozialismus von außen und im Inneren. Zugleich öffnete es durch die Etablierung autoritärer Strukturen den in den Staatsapparat zunehmend eingelassenen (halb-illegalen) Nazis eine weitere Möglichkeit zur (schein)legalen Machtübernahme im März 1938“.

Bruno Kreisky formulierte dies als Bundeskanzler und – so Kreiskys untertreibende Selbsteinschätzung als „terrible simplificateur“ – 1973 etwas weniger wissenschaftlich, aber mit derselben Quintessenz in dem Satz: „... dass die sogenannte ‚Dollfuß-Straße‘, auf die man Österreich gezwungen hatte, schnurgerade in die nazistische Diktatur und damit in den Abgrund des Krieges führen wird“.

Aber die wichtige Frage für die Auseinandersetzung mit der Demokratie in der Gegenwart ist letztlich die Frage nach den Geschichtsbildern, die das kommunikative Gedächtnis der

Einzelnen und kollektive Narrative im kommunikativen Gedächtnis momentan prägen: Die Einschätzung der persönlichen Motivation von Dollfuß ist – zum Unterschied von der immer deutlicher werdenden Erosion des „Selbstausschaltungsmythos“ nach wie vor umstritten: „Arbeitermörder“ – so zum Beispiel Hannes Androsch, ehemaliger Vizekanzler, im Jahre 2008; „Märtyrer und österreichischer Patriot“ – Andreas Khol, 2001 im Verfassungsausschuss des Nationalrates oder „umstrittenste Persönlichkeit in der österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert“ – Peter Huemer 2008, Journalist und Historiker.

Wie sieht es aber im kulturellen Gedächtnis unserer Gesellschaft aus? Im November 2007 haben wir – eine Gruppe von ZeithistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen im Rahmen eines Forschungsprojekts des Ludwig Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit und dem Meinungsforschungsinstitut SORA, das sich mit dem autoritären und demokratischen Potential in Tschechien, Ungarn, Polen und Österreich beschäftigt, die Frage nach der heutigen Einschätzung der Kanzlerfigur Engelbert Dollfuß gestellt.

Auf die Frage: „Bundeskanzler Dollfuß verdient große Bewunderung“ antworteten 24,6 % mit Ja (davon stimmten 15,1 % voll zu, 9,5 % stimmten zu), 40,3 % gaben keine Antwort, 36,6 % lehnten diese Feststellung ab.

Hinsichtlich der Nachfrage, ob Bundeskanzler Dollfuß die Demokratie zerstört habe, antworteten 19,1 % mit „Ja“ und 19,6 % mit „Nein“, 47,7 % machten keine Angaben.

Dieses Ergebnis ist aus demokratiepolitischer Hinsicht erschütternd – zwischen 40 und fast 48 % der Österreicherinnen und Österreicher können die autoritäre Periode vor dem Nationalsozialismus nicht einmal mehr als Faktum einordnen. Hinsichtlich der historischen Grundeinschätzung der Figur Dollfuß ist die Öffentlichkeit fast ebenso unwissend, und jene, die sich ein Urteil zutrauen, reproduzieren das gespaltene Geschichtsbild der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ, mit einem hauchdünnen Vorsprung für das Märtyrer-Image. Noch unklarer ist das Bild über den Diktaturcharakter der Jahre 1933-1938, der eigentlich politisch inzwischen längst außer Streit steht, und obwohl auch klar ist, dass eine Diktatur, die nationalsozialistische, nicht durch eine andere schwächere Diktatur verhindert werden konnte. Dass 1938 der repressive Apparat des Schuschnigg-Regimes direkt in die Hände der Geheimen Staatspolizei der Nazis fiel und das österreichische Bundesheer sofort auf Adolf Hitler vereidigt wurde, sind nur zwei von vielen Faktoren, die diese politischen Fehleinschätzungen unterstreichen. Mit der Zerschlagung der Demokratie 1933 und dem nachfolgenden Bürgerkrieg wurde die theoretische Chance auf eine gemeinsame „großkoalitionäre“ Abwehr des „Anschlusses“ an Deutschland verpasst, obwohl sie 1932 noch von rund 80 % der Wählerinnen und Wähler legitimiert war.

Gerade die Erinnerung an den „Anschluss“ an Hitler-Deutschland 1938 und dessen Folgen, die im Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust endeten, sollte die Zeit vor 1938 nicht ausblenden, sondern zu einer intensiveren Auseinandersetzung führen, um die inzwischen bedrohlichen historischen Leerstellen an Wissen zu schließen und auch das gespaltene Geschichtsbild zu homogenisieren. Viele Menschen glauben tatsächlich, dass erst 1938 die Demokratie in Österreich zerstört wurde – entsprechende Mythenbildung wird ja auch wieder um Kurt Schuschnigg betrieben.

Vor dem Hintergrund der Renaissance der Politischen Bildung im Zuge der Demokratieinitiative der Bundesregierung muss Platz und Zeit für eine kritische Auseinandersetzung mit den autoritären politischen Akteuren und deren Rahmenbedingungen der Jahre 1933-1938 und natürlich 1938-1945 sein. Nur wer autoritäre Entwicklungen rechtzeitig erkennt, wird den Gefahren der Gegenwart und Zukunft auch mit demokratisch legitimierten Mitteln entgegentreten. Dass dies auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle anderer politischer Parteien bedeutet – inklusive der Sozialdemokratie – ist selbstverständlich.

Umfragen, die ich 2004 und Ende 2007 initiiert habe, signalisieren jedoch ein paradoxes Ergebnis. Verglichen mit 1978 ist das autoritäre Potential deutlich gesunken und gleichzeitig die Bereitschaft, grundsätzlich den demokratischen Prozess mitzugestalten, gestiegen.

Noch ist die Bereitschaft nach neuen Führern – nach wie vor in Österreich übrigens männlich besetzt – grundsätzlich gering, nur um die 12 % Zustimmung, hingegen hat jüngst Peter Filzmaier in einer Umfrage bei 14- bis 24jährigen nachgewiesen, dass sich bereits 20 % durchaus einen starken Mann vorstellen könnten.

Grundsätzliche Parteien- und Politikerverdrossenheit kann aber vor allem vor dem Hintergrund sozioökonomischer Krisen rasch in eine breite Demokratieverdrossenheit umschlagen. Der häufigste Grund für das Fortbestehen von Demokratien im Europa der Zwischenkriegszeit, das gerade in der Mitte und im Osten von autoritären Regimen geprägt war, war sozioökonomische Homogenität.

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft hat Ende 2007 ebenfalls Demokratievertrauen und Demokratieverdrossenheit in Österreich erhoben. Das grundsätzliche Demokratievertrauen liegt nach wie vor bei 63 % – weit unter dem möglichen Potential von rund 80 %.

Aber Demokratievertrauen allein ist zu wenig, so zeigt es sich beispielsweise jüngst in Ostdeutschland oder in Polen, dass Unzufriedenheit mit den Regierungen auch auf die Demokratiezufriedenheit negativ zurückwirkt. Zentral in diesem Zusammenhang ist auch die Frage, ob es gelingt, den aktuellen Trend in Richtung Erosion des autoritären Potentials unserer Republik zu unterstützen. Die Entwicklung der Demokratie in Österreich weist zahlreiche autoritäre Traditionen und Brüche auf, d.h. ein gewachsenes, starkes anti-demokratisches Potential, geprägt von der autoritären Monarchie, den militanten Konflikten der 1. Republik, dem Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933-1938 und der nationalsozialistischen totalitären Perversion.

Eine janusköpfige Entwicklung in der österreichischen Gesellschaft – einerseits ein Erodieren der autoritären Grundstimmung, auf der anderen Seite ein Erstarren von neuen autoritären Codes gegen Ausländer/innen, Migrant/innen, Kriminalität, etc. – prägt seit dem Fall des Eisernen Vorhanges die innenpolitische Debatte.

Wie demokratiepolitisch aktiv werden aber die Österreicher/innen 2050 sein, ausgehend von Einstellungen in der Gegenwart? Eine Studie des Metis-Instituts versuchte 2004 die politische Grundstimmung der 15- bis 35jährigen zu ergründen. Dabei wurde der Eindruck verstärkt, der sich bereits in zahlreichen Umfragen seit den 1980er Jahren abzeichnete: Neben dem Steuersystem werden Politiker als Systemfehler angesehen (64,3 %). Nur 12,9 % rechnen für 2050 mit „visionären und idealistischen Politikern“ und das persönliche politische Engagement –

und dies ist ein offensichtlicher gesellschaftlicher Trend – steht weit am Ende der persönlichen Lebensplanung. Gleichzeitig haben diese heute jungen Menschen, die 2050 zwischen 50 und 70 Jahre alt sein werden, durchaus höchst politische Vorstellungen: so in Richtung Weltoffenheit und Chancengerechtigkeit, beim Zugang zu Bildung und bei der Verteilung der Berufs- und Familienlasten.

Aber aktiv politisch umsetzen wollen die jungen Menschen diese Ziele mehrheitlich nicht. Ob die klassischen politischen Parteien, die ebenfalls ein Erbe der späten Monarchie im 19. Jahrhundert sind, diese Aufgabe weiter trotz starken Vertrauensverlustes erfüllen können, wird sich zeigen. Noch gibt es keine Alternative, und das Diktum des damaligen Obmanns der Christlichsozialen Partei und Bundeskanzlers, Prälat Ignaz Seipel, aus 1923 von der Demokratie ohne Parteien hat sich mehrfach als undurchführbar gezeigt. Letztlich müssen aber auch die Parteien und vor allem die Politiker und Politikerinnen zu einer Trendumkehr und einer Steigerung des aktiven Demokratiebewusstseins einen sichtbaren und verständlichen Beitrag leisten.

Aber Demokratie ist inzwischen ein Projekt geworden, das keineswegs an die Politiker/innen und Parlamentarier/innen im Sinne der repräsentativen Demokratie abgeschoben werden kann. In diesem Sinne ist die kritische Auseinandersetzung mit vergangenen historischen Diktaturen primär – wie dies auch der deutsche Widerstandsforscher und Historiker Peter Steinbach formuliert hat – Bewusstseinschärfung für die Auseinandersetzung mit autoritären Entwicklungen in der Gegenwart. In diesem Sinne ist die heutige Reflexion über die Vorgänge in und um dieses Haus ab dem 4. März 1933 keine „Vergangenheitsbewältigung“, sondern eine demokratiehistorische Analyse, die Bewusstsein schaffen soll für eine demokratische Gegenwart und Zukunft, nicht nur in Österreich sondern auch im europäischen und globalen Kontext.

Oliver Rathkolb, Dr.iur., Dr. phil., Universitätsprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Vorstandsmitglied des Demokratiezentrum Wien (www.demokratiezentrum.org) und interimistischer Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit.